CCE-090 | Was bedeutet es, dass die Vereinigten Staaten Menschenrechtsprobleme haben?

https://freechina.live/china-news-updates/democracy-civil-society/de-cce-090-what-us-human-rights-problems-mean/

v1.0 2026-10-21

CCE-100 · CCE-090

Zusammenfassung: Es bedarf keiner Debatte, dass die Vereinigten Staaten ernsthafte Menschenrechtsprobleme haben: Die abschließenden Bemerkungen des UN-Menschenrechtsausschusses von 2023, Untersuchungsberichte des US-Justizministeriums selbst und die Daten des Bureau of Justice Statistics dokumentieren diese Probleme allesamt. Was wirklich diskutiert werden muss, ist der zweite Schritt: was diese Tatsachen „bedeuten". Dieser Artikel zerlegt die Frage in drei gängige Lesarten: Erstens, Menschenrechtsstandards kennen keine Ausnahmen für irgendeinen Staat; zweitens, die Vereinigten Staaten hätten daher kein Recht, andere Staaten zu kritisieren, oder die Kritik anderer Staaten an ihnen sei kein „doppelter Standard"; drittens, das amerikanische System sei daher gescheitert und ein anderes Modell sei überlegen. Das Urteil dieses Artikels lautet: Die erste Lesart trifft zu; die zweite Lesart muss in zwei Hälften zerlegt werden — ob eine Anschuldigung wahr ist und ob der Ankläger glaubwürdig ist, sind zwei verschiedene Fragen; die dritte Lesart erfordert vergleichbare Vergleichsdaten, die ein Bericht, der nur die Probleme einer Seite auflistet, nicht liefern kann. Gestützt auf den Bericht des Informationsbüros des Staatsrats der VR China vom August 2025, Zahlen des Bureau of Justice Statistics, UN-Dokumente und das Fernbleiben der Vereinigten Staaten von der Allgemeinen Periodischen Überprüfung der UN im Jahr 2025 prüft dieser Artikel jeden Punkt und erklärt Reichweite und Grenzen jeder Zahl.

I. Zuerst zwei Fragen auseinanderhalten

In Diskussionen über „die Menschenrechtsprobleme der Vereinigten Staaten" werden oft zwei Fragen vermischt. Die erste ist eine Tatsachenfrage: Welche Menschenrechtsprobleme haben die Vereinigten Staaten, in welchem Umfang, und gibt es verlässliche Daten, die dies belegen. Die zweite ist eine Schlussfolgerungsfrage: Welche Schlüsse lassen sich aus diesen Tatsachen ziehen. Tatsachenfragen lassen sich prüfen; Schlussfolgerungsfragen hängen davon ab, ob die Argumentation trägt. Im Folgenden zuerst die Tatsachen, dann die Schlussfolgerungen.

II. Die ursprünglichen Aussagen: Wer hat was gesagt

Auf Seiten der chinesischen Regierung stammt die Darstellung vom Informationsbüro des Staatsrats. Am 17. August 2025 veröffentlichte das Büro den Bericht über Menschenrechtsverletzungen in den Vereinigten Staaten im Jahr 2024, und Xinhua veröffentlichte am selben Tag eine Zusammenfassung.[1] Der Bericht besteht aus einem Vorwort, sechs Teilen und einem Schlusswort; die sechs Teile sind: Demokratie amerikanischer Prägung (Geldpolitik, Wahlkreiszuschnitt, Wahlrechtsbeschränkungen und politische Gewalt); Wohlbefinden der Bevölkerung (Armut, Obdachlosigkeit, Drogen, Gesundheitsversorgung, Waffengewalt, Polizeigewalt und Gefängnisse); Rassismus; Frauen und Kinder; Einwanderer ohne Papiere; und die US-Außenpolitik.[1] Das Kernurteil des

Berichts steht im Schlusswort: Im Zusammenspiel von Macht und Kapital sind die Menschenrechte zu Requisiten auf der Bühne einer politischen „Show" geworden.[1] Dies ist ein offizieller Bericht, der von einer Regierungsbehörde der von der Kommunistischen Partei Chinas regierten Regierung auf dem chinesischen Festland herausgegeben wurde, mit klarem Standpunkt; dieser Artikel behandelt ihn als „förmliche Stellungnahme einer Seite", nicht als neutrale statistische Zusammenstellung.

Auf Seiten der US-Regierung ist die jüngste Position die Nichtteilnahme an der UN-Überprüfung. Am 27. August 2025 schrieb der Geschäftsträger der US-Mission in Genf an den UN-Hochkommissar für Menschenrechte und teilte mit, dass die Vereinigten Staaten nicht an der für den 7. November 2025 vorgesehenen Allgemeinen Periodischen Überprüfung teilnehmen würden. In dem Schreiben hieß es, die Vereinigten Staaten hätten gemäß der Exekutivanordnung des Präsidenten vom 4. Februar 2025 ihre Teilnahme am Menschenrechtsrat eingestellt, und eine Teilnahme an der Überprüfung „würde bedeuten, das Mandat und die Aktivitäten des Rates anzuerkennen".[7]

III. Einige Zahlen überprüfen

1. Von der Polizei verursachte Todesfälle. Der Bericht schreibt, dass „mehr als 1.300 Menschen durch gewaltsame Polizeivollstreckung starben", wobei die Fußnote eine gleitende Zahl von 1.361 für 2024 auf der Website „Mapping Police Violence" anführt.[1] Das Projekt ist eine Datenbank von Campaign Zero, einer zivilgesellschaftlichen Forschungsorganisation in den USA. Seine am 27. Februar 2025 veröffentlichten Statistiken wiesen mindestens 1.365 Personen für 2024 aus, das es als das tödlichste Jahr seit Beginn der Aufzeichnungen im Jahr 2013 bezeichnete;[4] sein Jahresendbericht vom Februar 2026 besagte, dass im Jahr 2025 mindestens 1.314 Menschen von der Polizei getötet wurden — der erste Rückgang seit sechs Jahren, um 5 %.[4] Die Größenordnung stimmt also, während der Trend vom Jahr abhängt: 2024 war der Höhepunkt, 2025 brachte einen leichten Rückgang. (Die obigen Gesamtzahlen gelten bis zum Jahresendbericht 2025, veröffentlicht im Februar 2026; die Datenbank ist eine gleitende Zählung, und spätere Veröffentlichungen können sie revidieren.)

Hier stellt sich aber eine Definitionsfrage. Die Datenbank zählt „die Zahl der von der Polizei getöteten Personen", ohne zu beurteilen, ob jeder Einzelfall rechtswidrig war. Der Bericht nennt diese Zahl direkt Todesfälle durch „gewaltsame Polizeivollstreckung" und setzt „getötet" mit „missbraucht" gleich. Diese Gleichsetzung wird von den Daten selbst nicht gestützt. Auch die eigene Dokumentation derselben Datenbank räumt ein, dass sie aus Medienberichten und öffentlichen Aufzeichnungen sammelt und Lücken aufweisen kann.[4]

2. Inhaftierung und rassische Unterschiede. Die Zahlen des Bureau of Justice Statistics stammen von der US-Regierung selbst. Ende 2023 lag die Zahl der zu mehr als einem Jahr verurteilten und in Staats- oder Bundesgefängnissen einsitzenden Personen bei 360 pro 100.000 Einwohner aller Altersgruppen, 25 % weniger als die 479 im Jahr 2013, aber leicht mehr als die 355 im Jahr 2022.[2] Nach Rasse aufgeschlüsselt lag die Inhaftierungsrate schwarzer Erwachsener 2023 bei 1.218 pro 100.000, etwa dem 5-Fachen der weißen Erwachsenen (231).[2] Auf der Ebene der kommunalen Gefängnisse (jail) lag die Inhaftierungsrate Schwarzer Mitte 2024 bei 566 pro 100.000, etwa dem 4-Fachen der Weißen (149).[3]

Der Bericht besagt, dass in den Vereinigten Staaten „jeder 176. Mensch" inhaftiert ist, etwa 1,9 Millionen Menschen.[1] Diese Zahl stammt vom World Prison Brief. Eine grobe Addition nach den eigenen Maßstäben des Bureau of Justice Statistics: 360 für Gefängnisse plus etwa 198 für kommunale Gefängnisse (Mitte 2023), insgesamt etwa 558 pro 100.000, oder etwa jeder 179. Mensch.[2][3] Dies ist die eigene grobe Berechnung dieses Artikels; die Daten der beiden Zahlen sind nicht identisch, sodass sie nur zeigen kann, dass die Zahl des Berichts in derselben Größenordnung liegt wie die offiziellen Daten und nicht in eine andere Größenordnung übertrieben wurde. Dies ist eine Tatsache, die es wert ist, festgehalten zu werden: Dieser Punkt des Berichts hält einer Prüfung stand.

3. Woher das Material des Berichts stammt. Die Lektüre der Fußnoten des Berichts zeigt, dass das Material für den Inlandsteil ganz überwiegend aus den Vereinigten Staaten selbst stammt: die Untersuchungsberichte des US-Justizministeriums zu den Polizeidienststellen von Lexington (Mississippi) und Memphis (Tennessee), Urteile des Obersten Gerichtshofs der USA und das Sondervotum von Richterin Elena Kagan, investigative Berichterstattung US-amerikanischer Medien und Daten US-amerikanischer Forschungseinrichtungen.[1] Die Beobachtung dieses Artikels dazu lautet: Der Grund, warum diese Probleme überhaupt zu einer langen Liste zusammengestellt werden konnten, liegt gerade darin, dass US-Regierungsbehörden, Gerichte, Medien und zivilgesellschaftliche Organisationen sie selbst fortlaufend offenlegen. Das kann nicht beweisen, dass die Vereinigten Staaten „keine Probleme haben", noch dass es anderswo „keine ähnlichen Probleme gibt"; es zeigt nur, dass die Vielfalt der Informationsquellen selbst ein institutionelles Merkmal ist, das eines Vergleichs wert ist.

Die Qualität der Fußnoten ist jedoch uneinheitlich. So verweist zum Beispiel der Satz, dass „Afroamerikaner dreimal so häufig von der Polizei erschossen werden wie Weiße", in der Fußnote auf eine weitergeleitete Datenbankseite der Washington Post von 2023, die von einer Kirchenwebsite gehostet wird.[1] Die eigene Website der zivilgesellschaftlichen Datenbank gibt an, dass Schwarze pro Kopf fast dreimal so häufig von der Polizei getötet werden wie Weiße,[4] was in dieselbe Richtung zeigt — doch zitiert der Bericht nicht die Originalseite. Dass die Daten verwendbar sind und dass die Zitierung nicht den Regeln entspricht, sind zwei getrennte Feststellungen.

IV. Was die UN-Mechanismen sagen

Der UN-Menschenrechtsausschuss ist für die Überwachung der Umsetzung des Internationalen Pakts über bürgerliche und politische Rechte zuständig. Am 17. und 18. Oktober 2023 prüfte er den fünften periodischen Bericht der Vereinigten Staaten, verabschiedete am 30. Oktober seine abschließenden Bemerkungen und gab den Text am 3. November heraus.[5] Dieses Dokument ist keine politische Erklärung anderer Staaten, sondern das Ergebnis einer Überprüfung, die die Vertragsparteien selbst akzeptiert haben.

Das Dokument würdigt zunächst einige Fortschritte, etwa die Verabschiedung des Respect for Marriage Act im Jahr 2022.[5] Dann benennt es seine Hauptbedenken, darunter: „tiefe Besorgnis" über Polizeibrutalität und übermäßigen Einsatz tödlicher Gewalt, deren Auswirkungen Menschen afrikanischer Abstammung, indigene Völker, Latinos, Migranten und Asylsuchende überproportional treffen, wobei die Verantwortlichkeit in den meisten Fällen fehlt (Abs. 36); die fortgesetzte Anwendung der Todesstrafe und ihre rassischen

Unterschiede (Abs. 30); die überproportionale Verurteilung von Afroamerikanern zu lebenslanger Haft ohne Bewährung (Abs. 46); dass einige Häftlinge der Guantánamo-Bucht seit mehr als zwanzig Jahren ohne Gerichtsverfahren und ohne Anklage festgehalten werden, mit der Aufforderung, die Schließung der Einrichtung zu beschleunigen (Abs. 48–49); und die Aufforderung an die Vereinigten Staaten, ihre Vorbehalte, Erklärungen und Auslegungen zum Pakt zu überdenken, um sie zurückzuziehen (Abs. 5).[5]

Die zweite Angelegenheit ist das Fernbleiben im November 2025. Am 7. November verabschiedete der Menschenrechtsrat einen Beschluss, in dem er sein „Bedauern" über die Nichtteilnahme der Vereinigten Staaten an der Überprüfung ausdrückte, sie zur Wiederaufnahme der Zusammenarbeit aufrief und die Überprüfung der Vereinigten Staaten auf 2026 verschob (die Seite des Hochkommissariats nennt den 10. November 2026).[6] Human Rights Watch stellte fest, dass seit der Einrichtung des Mechanismus im Jahr 2006 ��� kein Mitgliedsstaat seiner eigenen Überprüfung ferngeblieben ist;[8] UN News meldete, dies sei das erste Mal gewesen, dass die Vereinigten Staaten sich einer Überprüfung ihrer selbst verweigert hätten.[8] Zuvor hatten sich die Vereinigten Staaten drei Überprüfungen unterzogen, die erste im Jahr 2010.[6] Der Zeitplan selbst zeigt: Nicht nur Kritiker sprechen über die Menschenrechtsbilanz der USA — sie selbst weichen einer Überprüfung durch Gleichrangige aus.

V. Was diese Tatsachen „bedeuten": Drei Lesarten

Lesart eins: Menschenrechtsstandards kennen keine Ausnahmen. Diese Lesart trifft zu und hat eine textliche Grundlage. Die Wiener Erklärung und das Aktionsprogramm von 1993 besagen, dass alle Menschenrechte universell und unteilbar sind; die Förderung und der Schutz der Menschenrechte sind die Pflicht aller Staaten, ungeachtet ihrer politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Systeme.[9] Das Weißbuch des Informationsbüros des Staatsrats der VR China von 2021 räumte ebenfalls ein, dass Demokratie ein gemeinsamer Wert der Menschheit ist, betonte aber die Vielfalt der Formen.[10] Da es sich um gemeinsame Standards handelt, sind die Vereinigten Staaten nicht ausgenommen, und die abschließenden Bemerkungen der UN aus Abschnitt IV oben gelten für sie; ebenso gilt dieser Standard auch für Festlandchina.

Lesart zwei: Die Vereinigten Staaten hätten daher kein Recht, andere Staaten zu kritisieren, oder Kritik sei ein „doppelter Standard". Diese Lesart muss in zwei Hälften zerlegt werden.

Die erste Hälfte lautet: Ob eine Anschuldigung wahr ist, hängt nicht von der Akte des Anklägers ab. Wenn jemand sagt, eine bestimmte Inhaftierung in einem Land sei ohne Gerichtsverfahren erfolgt, muss Wahrheit oder Falschheit dieser Aussage an dieser Inhaftierung geprüft werden, nicht an demjenigen, der spricht. Auf eine Anschuldigung zu antworten, indem man die Probleme der anderen Seite vorzeigt, ist eine „du auch"-Antwort (tu quoque); sie wechselt das Thema, ohne die Frage zu beantworten.

Die zweite Hälfte lautet: Die Konsequenz des Anklägers beeinflusst tatsächlich die Glaubwürdigkeit der Anschuldigung, und „doppelter Standard" ist dann ein berechtigter Einwand, der Punkt für Punkt geprüft werden kann. Beispiele mit belegbaren Beweisen: Guantánamo-Häftlinge, die seit mehr als zwanzig Jahren ohne Gerichtsverfahren festgehalten werden, wobei der UN-Ausschuss die Vereinigten Staaten ausdrücklich zur

Schließung auffordert;[5] die Weigerung der Vereinigten Staaten im Jahr 2025, an der Überprüfung durch Gleichrangige teilzunehmen, während das Gestaltungsprinzip des Mechanismus gerade darin besteht, dass alle Staaten gleichermaßen überprüft werden.[6] Anschuldigungen ohne Beweise hingegen lassen sich nicht schon dadurch belegen, dass „die Vereinigten Staaten auch Probleme haben". Die Prüfmethode lautet: Wendet der Ankläger für gleichartiges Verhalten denselben Standard an? Das muss Fall für Fall geprüft werden; aus einem Gesamteindruck lässt sich kein Schluss ziehen.

Lesart drei: Das amerikanische Modell sei daher gescheitert und ein anderes Modell sei überlegen. Diese Lesart überspringt einen logischen Schritt. Eine Liste, die nur die Probleme einer Seite aufführt, enthält keine Kontrollgruppe: Sie liefert keine Daten über die Leistungen anderer Länder bei denselben Indikatoren und sagt auch nicht, welches System bei welchem Indikator besser abschneidet. Um Systeme zu vergleichen, braucht es mindestens drei Dinge: vergleichbare Indikatoren, dieselbe Verfügbarkeit von Informationen und eine Bewertung der Frage, „ob Probleme offengelegt und korrigiert werden können". Abschnitt III dieses Artikels stellte fest, dass die meisten Probleme des Berichts von US-amerikanischen Institutionen selbst offengelegt wurden; für Festlandchina ist die Frage, ob vergleichbare Daten (etwa die Zahl der von der Polizei Getöteten, die Zahl der Inhaftierten und ihre rassische oder ethnische Zusammensetzung) unabhängig beschafft und geprüft werden können, eine Frage, die vor jedem Vergleich erst beantwortet werden muss. Dieser Artikel zieht dazu keinen Schluss; er hält nur fest, dass dies die Voraussetzung für einen Vergleich ist.

VI. Die Gegenposition: Die stärkste Form der chinesischen Position

Die chinesische Position ist in ihrer stärksten Form nicht „die Vereinigten Staaten haben auch Probleme, also haben wir keine", sondern besteht aus drei Punkten. Erstens: Menschenrechte sind zuallererst das Recht auf Subsistenz und Entwicklung; die Menschenrechtslage eines Landes muss am tatsächlichen Leben seines Volkes gemessen werden, nicht nur an politischen Rechten wie Wahlen und Meinungsäußerung. Zweitens: Westliche Länder, insbesondere die Vereinigten Staaten, verwenden die Menschenrechtsrhetorik selektiv und im Dienste der Geopolitik. Drittens: Die Menschenrechtslage eines Landes sollte von seinem eigenen Volk beurteilt werden; von außen auferlegte Modelle greifen nicht.[1][10]

Von diesen drei Punkten trifft ein Teil zu. Die Weigerung der Vereinigten Staaten im Jahr 2025, sich der Überprüfung durch Gleichrangige zu stellen, und die langjährige Inhaftierung in Guantánamo schwächen tatsächlich ihren Anspruch, ein „Leuchtturm" der Menschenrechte zu sein; Subsistenz und Entwicklung sind tatsächlich Bestandteile der Menschenrechte, und die Wiener Erklärung schließt sie nicht aus.[5][9] Doch der zutreffende Teil führt nicht zu der erforderlichen Schlussfolgerung. Erstens betont die Wiener Erklärung zugleich, dass alle Rechte voneinander abhängig und unteilbar sind; keine Kategorie von Rechten kann eine andere ersetzen.[9] Zweitens hat Festlandchina den Internationalen Pakt über bürgerliche und politische Rechte bis heute nicht ratifiziert; es hat den Pakt 1998 unterzeichnet.[11] Das bedeutet, dass es die periodische Überprüfung des Pakts durch den Menschenrechtsausschuss nicht akzeptiert hat, und es gibt kein Dokument, das den obigen abschließenden Bemerkungen entspricht. Festlandchina verfügt über andere Vertragsmechanismen und die Allgemeine Periodische Überprüfung; dieser Artikel

hat sie nicht Punkt für Punkt geprüft und vergleicht hier nur diesen einen Pakt: Unter diesem Pakt gibt es für die Vereinigten Staaten ein auffindbares UN-Dokument, für Festlandchina keines. Drittens erfordert „vom eigenen Volk beurteilt" dass sein Volk Kanäle hat, sein Urteil zu äußern. Genau das werden andere Artikel dieser Reihe (zu Wahlen, Meinungsäußerung und Justiz) Punkt für Punkt prüfen.

VII. Grenzen dieses Artikels

1. Dieser Artikel hat nicht alle über hundert Fußnoten des Berichts Punkt für Punkt geprüft; er prüfte nur die Zahlen zu polizeilichen Todesfällen, Inhaftierung und rassischen Unterschieden, die mit offiziellen Daten abgeglichen werden können; der Rest (die Abschnitte zu Armut, Gesundheitsversorgung, Einwanderung und Außenpolitik) ist nach dem Text des Berichts wiedergegeben, ohne unabhängige Überprüfung. 2. Anschuldigungen zum Verhalten der USA im Ausland (Gaza, Sanktionen, Militärpräsenz im Ausland) beinhalten umstrittene Beurteilungen nach dem Völkerrecht; dieser Artikel geht ihnen nicht nach. 3. Die Zahlen zu polizeilichen Todesfällen und Inhaftierung verwenden unterschiedliche Jahre; die Daten des Bureau of Justice Statistics von 2023 können nicht direkt neben die Daten der zivilgesellschaftlichen Datenbank von 2024 und 2025 gestellt werden. 4. Die abschließenden Bemerkungen des Menschenrechtsausschusses sind ein Text von 2023; Veränderungen in den Vereinigten Staaten nach 2025 liegen außerhalb des Umfangs dieser Bemerkungen. 5. Die obigen Informationen zum Fernbleiben der USA von der Überprüfung stammen aus Pressemitteilungen des Hochkommissariats und aus Medienberichten; der Inhalt des US-Schreibens vom August 2025 wurde nur auszugsweise gelesen — der Volltext ist maßgeblich. 6. Dieser Artikel nimmt keine Bewertung der Menschenrechtslage in Festlandchina vor; das ist die Aufgabe anderer Artikel dieser Reihe.

VIII. Schlussfolgerung

Dass die Vereinigten Staaten Menschenrechtsprobleme haben, bedeutet drei Dinge: Erstens gelten Menschenrechtsstandards für jeden Staat, einschließlich der Vereinigten Staaten, und die UN-Überprüfungen, die Untersuchungen des US-Justizministeriums und die Zahlen des Bureau of Justice Statistics dokumentieren diese Probleme allesamt; zweitens sollte Kritik an den Vereinigten Staaten — wie Kritik an jedem anderen Staat — Tatsache für Tatsache geprüft werden, wobei zugleich zu prüfen ist, ob der Kritiker einen einheitlichen Standard anlegt; drittens kann die Qualität der US-Bilanz die Prüfung der Bilanzen anderer Staaten nicht ersetzen.

Es bedeutet nicht zwei Dinge: Erstens kann „die Vereinigten Staaten haben auch Probleme" nicht die Frage beantworten, ob eine bestimmte Praxis eines Staates dem Standard entspricht; zweitens kann eine einseitige Liste nicht beweisen, welches System überlegen ist.

Drei Prüffragen für die Leserinnen und Leser: Was ist die Definition dieser Zahl und woher stammt sie; sind für denselben Indikator die Daten anderer Länder verfügbar und überprüfbar; gibt es, nachdem ein Problem offengelegt wurde, einen Kanal, durch den es korrigiert werden kann.

Literatur

- [1] Das Informationsbüro des Staatsrats der VR China. Bericht über Menschenrechtsverletzungen in den Vereinigten Staaten im Jahr 2024 (2025-08-17); englischer Volltext, August 2025. www.gov.cn ; en.humanrights.cn
- [2] Bureau of Justice Statistics. Prisoners in 2023 – Statistical Tables (September 2025; Tabellen 5, 6 und Kernaussagen). bjs.ojp.gov
- [3] Bureau of Justice Statistics. Jail Inmates in 2024 – Statistical Tables (Zahlen Mitte 2024); Jail Inmates in 2023 (Zahlen Mitte 2023). bjs.ojp.gov ; bjs.ojp.gov
- [4] Campaign Zero. Mapping Police Violence: 2024 Was the Deadliest Year for Police Violence (2025-02-27); Mapping Police Violence 2025 Year-end Report (2026-02-26); Projektbeschreibungsseite. campaignzero.org ; mappingpoliceviolence.org ; mappingpoliceviolence.org ; mappingpoliceviolence.us
- [5] UN-Menschenrechtsausschuss. CCPR/C/USA/CO/5, Concluding observations on the fifth periodic report of the United States of America (herausgegeben 2023-11-03, Abs. 3, 5, 30, 36, 37, 46–49). www.ohchr.org
- [6] OHCHR. Human Rights Council reschedules human rights review of the United States of America; regrets "non-cooperation" with UPR mechanism (2025-11-07); OHCHR, Universal Periodic Review – United States of America. www.ohchr.org ; www.ohchr.org
- [7] US-Mission Genf (Geschäftsträger) Schreiben an den Hochkommissar, 2025-08-27, übermittelt durch OHCHR am 2025-09-01. hrcportal.ohchr.org
- [8] Human Rights Watch. US Skips UN Periodic Rights Review (2025-11-07); UN News. World News in Brief (2025-11-07). www.hrw.org ; news.un.org
- [9] Weltkonferenz über Menschenrechte. Wiener Erklärung und Aktionsprogramm, A/CONF.157/23 (1993), Teil I, Abs. 5, 8. digitallibrary.un.org
- [10] Das Informationsbüro des Staatsrats der VR China. Chinas Demokratie (China: Democracy That Works), 2021-12-04. english.www.gov.cn
- [11] UN-Vertragssammlung (UN Treaty Collection). Stand der Unterzeichnung und Ratifikation des Internationalen Pakts über bürgerliche und politische Rechte: China unterzeichnete am 5. Oktober 1998, hat bis heute nicht ratifiziert. treaties.un.org

Die englische, traditionell-chinesische, französische, deutsche und spanische Ausgabe dieses Artikels befindet sich in Vorbereitung; nach Fertigstellung werden auf dieser Seite Links bereitgestellt.

CCE-100